

Nachrichten

Polizei schnappt Einbrecher

Lausen/Binningen. Die Baselbieter Polizei hat in den vergangenen Tagen vier mutmassliche Einbrecher dingfest gemacht. Am vergangenen Donnerstag fasste sie in Binningen zwei Kosovaren (17 und 26 Jahre), die in einem Wohnquartier verdächtig aufgefallen waren – sie führten Einbruchswerkzeug mit. Am Freitag hielt eine Polizeipatrouille in Lausen zwei Rumänen im Alter von 37 und 44 Jahren an, die für Delikte im Baselbiet infrage kommen. Alle vier Männer wurden in Untersuchungshaft gesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen sie Verfahren eingeleitet.

Rücktritt aus dem Gemeinderat

Niederdorf. Ruedi Gerber hat auf den 31. März nächsten Jahres seinen Rücktritt aus dem Niederdörper Gemeinderat angekündigt. Laut Mitteilung begründet Gerber den Schritt mit seiner beruflichen Belastung. Der Gemeinderat bedauert den Abgang Gerbers, der während fast neun Jahren im Rat mitgewirkt hatte. An seiner nächsten Sitzung wird der Gemeinderat den Termin für die Ersatzwahl festlegen.

Wilmatt-Referendum: Abstimmung im März

Therwil. Am ersten März-Wochenende wird an der Urne über den Projektionskredit für den Neubau des Schulhauses Wilmatt abgestimmt. Es geht um einen von der Gemeindeversammlung beschlossenen Kredit über 2,175 Millionen Franken, gegen den mit 785 gültigen Unterschriften das Referendum ergriffen worden ist. Ehe die Abstimmung angesetzt werden konnte, hatte die Regierung eine Stimmrechtsbeschwerde der IG Wilmatt zu prüfen. Sie hat auf Nichteintreten entschieden, die zehntägige Referendumsfrist ist ungenutzt verstrichen.

Tierschutz beider Basel hebt Katzenstopp auf

Münchenstein. Mit sofortiger Wirkung hebt der Tierschutz beider Basel (TbB) den am 10. Oktober beschlossenen Aufnahme-stopp für verwilderte Katzen in der Auffangstation in Münchenstein wieder auf. Das TbB hat in einer Aktion verwilderte Katzen auf zwei Industriearealen in Basel und Münchenstein sowie auf zwei Bauernhöfen eingefangen, gepflegt, entwurmt, kastriert und wieder in ihren Lebensraum zurückgeführt, heisst es in einer Mitteilung. Seit dem 10. Oktober wurden 50 zahme Katzen vermittelt und 20 Tiere durften an ihre alten Plätze zurück.

Moment mal

Christof Hiltmann ist bereits gewählt



Birsfelden. Noch hat die Birsfelder Gemeindepräsidentenwahl nicht stattgefunden. Und doch darf sich FDP-Kandidat Christof Hiltmann bereits über seine Wahl freuen. Seine Tanja hat ihn dieser Tage zum Ehemann erkoren. Die Wahl schien der ganzen Kantonalpartei ein grosses Anliegen zu sein. Immerhin haben die Freisinnigen die Gemeinde mit entsprechenden Plakaten geschmückt. Es sind einzig böse Zungen, die behaupten, nach dem Debakel bei den letzten Landratswahlen wollten die Parteikollegen dieses Mal schlicht auf Nummer sicher gehen. dab



Kaum selbstkritisch. Dem CVP-Regierungsrat Peter Zwick fiel es auch in der Sendung «061 live» von Telebasel schwer, Fehler einzugestehen. Foto TeleBasel

Rundumschlag kommt schlecht an

Landräte halten Peter Zwicks Stellungnahme in den Medien für unprofessionell

Von Alessandra Paone

Liestal. Gleich dreimal bekam Peter Zwick (CVP) in den vergangenen zwei Tagen die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zur heftigen Kritik des Landrats. Gestern in einem Interview mit der Basler Zeitung und am Abend zuvor im «Regionaljournal Basel» sowie in der Diskussionsendung «061 live» von Telebasel. Bei allen drei Auftritten tat der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor vor allem eines: Er schlug zurück – und zwar an die Adresse des Parlaments. Die Kritik der Landräte sei parteipolitisch motiviert und bösartig, lautete Zwicks Kernbotschaft an die Leser, Zuhörer und Zuschauer.

Der Rundumschlag des gesundheitlich und auch politisch angeschlagenen Regierungsrats in den Medien beeindruckt die Landräte von links bis rechts aber wenig. Vielmehr scheint Zwicks Gegenangriff das politische Klima im Baselbiet noch mehr zu vergiften. Menschlich sei Zwicks Reaktion zwar verständlich, «ein psychohygienischer Vorgang» sozusagen, sagt SVP-Landrat Hanspeter Weibel. «Doch sein Auftritt war nicht professionell.» Ein Bericht der von Weibel präsidierten Geschäftsprüfungskommission (GPK) über die Arbeit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) war der Auslöser gewesen für das Donnerwetter, das Zwick an der letzten Landratsitzung über sich ergehen lassen musste.

Von einem «unprofessionellen Verhalten» spricht auch Weibels Parteikol-

lege Oskar Kämpfer. Der SVP-Präsident hätte an Zwicks Stelle auf einen Rundumschlag verzichtet und sich vielmehr darauf konzentriert, wie man es in Zukunft besser machen kann. «Denn wer wie Peter Zwick eine schwache Leistung gezeigt hat, sollte das Thema nicht weiterkochen», sagt Kämpfer. Man löse die Probleme nicht, indem man sie zerredet. SP-Präsident und Landrat Martin Rüegg vergleicht den Gesundheitsdirektor mit einem «verwundeten Bären, der wild um sich schlägt».

Reines Ablenkungsmanöver

Dem VGD-Vorsteher war vom Parlament mehrfach vorgeworfen worden, er würde nicht zu seinen Fehlern stehen und stattdessen dem Landrat «manipulativ» Fakten vorenthalten. Zwicks Antwort darauf: Der «ohne jegliche Beweislegung» erfolgte Vorwurf, er habe das Parlament manipuliert, sei lächerlich und eine bösartige Verleumdung. Auch könne er sehr wohl zu Fehlern stehen, doch nach dieser massiven Kritik hätte er sagen können, was er wollte, es wäre nicht gehört worden. «Noch selten hatte ein Regierungsrat so interessierte Zuhörer. Aber hat denn Peter Zwick während der Landratsdebatte etwas gesagt, bei dem es sich gelohnt hätte, zuzuhören?», fragt Weibel. Immerhin habe der VGD-Direktor nach Veröffentlichung des GPK-Berichts ein halbes Jahr Zeit gehabt, um sich auf diese Landratsdebatte vorzubereiten.

Auch Martin Rüegg kann Zwicks Argumentation nicht viel Gutes abge-

winnen. «Ich konnte weder im Landrat noch bei seinen Medienauftritten erkennen, dass er Fehler einräumt», stellt der Sozialdemokrat fest. Er habe keinen Ansatz von Reue spüren können. Das sieht Rolf Richterich genauso. «Ein Befreiungsschlag war das bestimmt nicht. Ich hätte erwartet, dass er vor zwei Wochen im Landrat inhaltlich zur Kritik Stellung nimmt und seine Sicht der Dinge darlegt», sagt der FDP-Fraktionspräsident. Zu Zwicks Aussage, der Landrat habe ihm nicht zugehört, meint Richterich: «Noch nie hat der Landrat so gespannt auf die Stellungnahme eines Regierungsrats gewartet. Es kam aber nichts.»

Am schlechtesten kam bei Zwicks Schelte Klaus Kirchmayr weg. Der Fraktionspräsident der Grünen hatte im Landrat nicht mit Kritik gespart und die

Glaubwürdigkeit des CVP-Regierungsrats infrage gestellt. Über ihn sagte Zwick auf Telebasel, er sei bekannt dafür, das er Gerüchte verbreite. Kirchmayr reagiert gelassen auf diese Anschuldigungen und spielt den Ball zurück: «Es ist schlechter Stil, Fakten zu negieren.» Und der GPK-Bericht zeige deutlich auf, dass dies der Fall gewesen sei, sagt er. Der Grüne ruft Zwick zudem in Erinnerung, dass es Aufgabe des Landrats sei, dem Regierungsrat auf die Finger zu schauen.

Nebst Zwicks «unprofessionellen Auftritt» in den Medien sind sich die befragten Landräte noch in einem weiteren Punkt einig: Mit Aussagen wie, es werde auf Zwicks Kosten Wahlkampf betrieben, wollten der CVP-Magistrat und seine Partei nur von den eigentlichen Missständen ablenken.

PUK: Grüne wollen aufs Gas drücken

Liestal. Der TV-Krimi zeigt es tagtäglich: Je rascher nach einem Ereignis eine Untersuchung anläuft, desto besser die Chancen auf einen Ermittlungserfolg. Und was für die Kriminologie gilt, sei in der Politik nicht anders. Per Verfahrenspostulat fordern die Grünen klar definierte Behandlungsfristen für parlamentarische Untersuchungskommissionen (PUK). Diese seien das stärkste Mittel, das dem Landrat zur Verfügung steht, um potenzielle Missstände in der Verwaltung zu untersuchen. Auslöser für den neusten Vorstoss ist ein Verfahrens-

postulat der Grünen zur genaueren Untersuchung der Volkswirtschafts- und Wirtschaftsdirektion (VGD). «Wir haben es schon vor den Sommerferien eingereicht; der Landrat hat aber noch immer nicht darüber befinden können», kritisiert Landrat Klaus Kirchmayr. «Das dauert viel zu lange.» Zwar hatte sich bereits die landrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK) der VGD angenommen, «trotz deren guten Arbeit bezweifeln wir aber, dass bereits alles auf dem Tisch ist. Erst eine PUK hat die nötigen Möglichkeiten, volle Transparenz zu schaffen.» dab

Die FDP steht vor einem schwierigen Weg zurück

Nach dem Rückzug aus Hanspeter Weibels Spar-Arbeitsgruppe stehen die Freisinnigen ziemlich einsam da

Von Thomas Gubler

Liestal. Es war eine seltsame Situation: Da trat am vergangenen Donnerstag eine bürgerliche Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von SVP-Landrat Hanspeter Weibel mit der Absicht an die Öffentlichkeit, die Kantonsfinanzen zu sanieren – vorwiegend ausgabenseitig, versteht sich. Mit von der Partie neben viel SVP-Prominenz die beiden Landräte Claudio Botti (CVP) und Alain Tüscher (EVP) – beide Mitglieder der Finanzkommission. Nicht dabei war dagegen die FDP, die mit Christoph Buser zwar in der Arbeitsgruppe präsent war, sich dann aber zurückgezogen hat. Was noch erstaunlicher war: Am selben Nachmittag ging die FDP per Medienmitteilung auf Distanz zur Arbeitsgruppe und forderte den Einbezug auch der Einnahmenseite in die Problemlösung.

Damit verzeichnete die Gruppe zumindest in der Öffentlichkeit einen Fehlstart. Nervosität machte sich breit. Gerüchte über vorgezogenen Wahlkampf und über neue Attacken gegen Finanzdirektor Adrian Ballmer (FDP)

machten die Runde. Die teilnehmende CVP geriet in Verdacht, von ihrem unter Druck geratenen Regierungsrat Peter Zwick ablenken zu wollen. Mittlerweile haben sich die Wogen zwar wieder etwas geglättet. Doch der Ärger in der Arbeitsgruppe ist noch nicht verraucht.

Zu schnell an die Öffentlichkeit

Der Charakter der Arbeitsgruppe – ob festes oder informelles Gremium – sei für ihn nicht eindeutig gewesen, sagt Christoph Buser. Was die Absichten der Gruppe betrifft, so habe er Weibel gegenüber seine Bedenken klar geäussert. Das seien zum einen politische Bedenken gewesen, die er als Vertreter der Partei des Finanzdirektors vorgebracht habe, vor allem aber sachliche, wegen der Beschränkung der Sanierungsmassnahmen auf die Ausgabenseite. «Die Tischvorlage entsprach nicht dem, was die FDP bisher kommuniziert hat. Zudem habe ich nicht verstanden, warum plötzlich alles so schnell gehen musste», sagt Buser. Letzteres wird mittlerweile auch von anderen Mitgliedern der Arbeitsgruppe (selbst-)kritisch beurteilt.

Vielleicht hätte eine weitere Gesprächsrunde nicht geschadet, meint Botti.

Offenbar hat Weibel mit seinem forschen Tempo die FDP vor den Kopf gestossen. Dass er Gas geben wollte, habe seinen Grund in der bevorstehenden Volksabstimmung, erklärt er. Am 25. November wird über die drei Bildungs-Initiativen entschieden, deren Annahme den Kanton 30 Millionen Franken kosten würden. Da wollte der Koordinator der Arbeitsgruppe mit dem Gang an die Öffentlichkeit nicht nur an die Verantwortung von Regierung und Parlament appellieren, sondern auch das Stimmvolk in die Pflicht nehmen. Mit dem Störmanöver der FDP aber ging mit seinem Ärger diese Botschaft unter.

Anders als in der FDP hat man Weibels Gremium in der CVP offenbar von Anfang an «richtig» eingeschätzt. «Ich war zwar nicht dabei. Aber ich war mir von Anfang an im Klaren darüber, dass es sich hier um eine Gruppe handelt, in der ernsthafte Lösungen erarbeitet werden sollen», erklärt CVP-Präsidentin Sabrina Mohn. Entsprechend weist sie auch Vorwürfe bezüglich eines Ablen-

kungsmanövers weit von sich. «Ich distanziere mich von jeder Form persönlicher Verunglimpfung, egal wen sie betrifft», sagt Mohn. Und Botti doppelt nach: «Für mich geht es um die Finanzen und nicht um Wahlgeplänkel.»

Eine neue Runde

Mittlerweile wurde der Termin für eine neue Sitzung der Arbeitsgruppe festgelegt. Ob die FDP wieder mitmacht, ist derzeit offen. Buser will zwar keine Front zwischen SVP und FDP wahrgenommen haben. Den roten Teppich auslegen wird man der FDP, die laut Weibel «anscheinend ein internes Problem hat», aber nicht.

Wenn einzelne Politiker deshalb von einer Lose-lose-Situation für die FDP sprechen – dass sie innerhalb der Arbeitsgruppe wenig zu gewinnen, mit einem Abseitsstehen aber viel zu verlieren hat –, dürften sie so falsch nicht liegen. Immerhin hat Finanzdirektor Adrian Ballmer seiner Partei signalisiert, dass er mit dem Vorgehen der Arbeitsgruppe, nachdem diese gewisse Anpassungen vorgenommen hat, keine Mühe hat.